

„Deutschland kann mehr“

Die Umfragen stehen schlecht für **Martin Schulz**. Der SPD-Chef und Kanzlerkandidat über die Demoskopie, die Agenda 2010, Klimapolitik, seinen Deutschlandplan, Fragen zur Wechselstimmung und seiner Gegnerin Angela Merkel.

Interview: **Frank Behrens und Sven Bargel**

Herr Schulz, Ihre Umfragewerte im Frühjahr waren gigantisch – Sie haben denen schon vertraut, oder?

(lacht) Nein, auf keinen Fall! Ich war immer der, der hier in der Parteizentrale am meisten vor den Umfragen gewarnt hat. Dass eine Partei auf einen Schlag zehn Prozent zulegt, ist nicht normal. Wir haben unsere Potenziale gesehen, das ist das Positive. Die Volatilität ist aber in jedem Fall groß, es ist alles möglich. Wichtiger als die Umfragen waren und sind die Neumitglieder: Mehr als 22.000 Leute sind in die SPD eingetreten, darunter unglaublich viele junge Menschen.

Die Bundesregierung hat nach der Festnahme eines deutschen Menschenrechtlers im Juli die Gangart gegenüber der Türkei verschärft. Wie schätzen Sie die Lage ein?

Präsident Erdogan hat schon viele Grenzen überschritten. Wenn in der Türkei ein deutscher Staatsbürger verhaftet wird, der sich nichts hat zuschulden kommen lassen, als ein friedliches Seminar anzubieten, muss die Bundesregierung klare Worte finden. Und das hat Sigmar Gabriel getan. Dass die Reisehinweise entsprechend angepasst werden, ist eine Selbstverständlichkeit.

Was soll geschehen, wenn die eingeleiteten Schritte nicht fruchten?

Die Bundesregierung muss alle diplomatischen Register ziehen, um den Mann so schnell wie möglich frei zu kriegen. Wenn die Türkei fortfährt und einen ihrer wichtigsten Partner in der Europäischen Union, nämlich Deutschland, per-

manent provoziert, stellt sich die Frage, wie lange wir noch mit der Türkei konstruktiv zusammenarbeiten können. Und falls Präsident Erdogan die Todesstrafe einführen würde, wären die Beitrittsverhandlungen ohnehin beendet. Was mir aber ganz wichtig ist: Erdogan ist nicht die Türkei. Wir müssen die vielen Menschen unterstützen, die in der Türkei Menschenrechte und Demokratie trotz aller Schwierigkeiten verteidigen!

In Bildung, Forschung und moderne Infrastruktur investieren

Zurück ins Inland: Ihr kürzlich vorgestellter „Deutschlandplan“ sieht unter anderem Investitionsanstrengungen des Bundes vor. Wo sehen Sie vor allem Bedarf?

Im Bildungsbereich. Wir müssen in Qualifizierung und Bildung investieren. Das ist der Hauptrohstoff unseres Landes. Wir müssen generell in die Infrastruktur investieren, in den Breitbandausbau etwa, aber auch die Infrastruktur der Bildung. Unsere Schulen brauchen die modernste Ausstattung. Und wir müssen eine Million Ganztags-Schulplätze schaffen, die heute in Deutschland fehlen. Das sind Investitionen, die wir sofort vornehmen können, weil wir die Finanzkraft dazu haben. Auch im Bereich Forschung und Entwicklung müssen wir unseren Vorsprung halten. Das Beispiel Solarworld zeigt, wie ein Unternehmen von massiv

subventionierter chinesischer Konkurrenz kaputt konkurriert wurde. In der EU sind solche Subventionen verboten. Da müssen wir mit der EU-Kommission drüber reden, dass das so nicht geht.

Müsste es solche Investitionen nicht auch für die Elektromobilität geben?

Wir müssen zum einen für Fairness im Welthandel sorgen. Zum anderen müssen wir uns endlich zu einer aktiven Industriepolitik in Deutschland bekennen. Ich glaube es ist nicht klug, wenn im Zeitalter der E-Mobilität keine Batterien in Deutschland produziert werden.

Steckt die deutsche Automobilindustrie denn in der Sackgasse?

Nein. Die deutsche Autoindustrie hat Probleme, aber die wird sie lösen. Ich halte überhaupt nichts davon, diese wichtige Branche schlechtzureden. Wir müssen der Automobilindustrie zwei Dinge sagen: Ihr seid das Rückgrat der deutschen und europäischen Industrie. Deshalb habt Ihr eine besondere Verantwortung. Ihr braucht den Mut, der Zukunft ins Auge zu sehen. Wir werden jedes Jahr ein bisschen mehr Elektromobilität haben. Natürlich werden wir einen Übergangszeitraum haben, für den Verbrennungsmotoren noch effizienter gemacht werden müssen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass die Politik das mit einem Stichtag klären könnte.

Eine Illusion?

Ich bin 62 Jahre alt und habe mein ganzes Leben Strukturwandel erlebt. Ich bin neben einem Braunkohlegebiet aufgewachsen und war Bürgermeister einer



„Wer ist näher an den Problemen im Land?“ Martin Schulz verbreitet Zuversicht.

Steinkohlestadt. Der Wandel hat rund 25 Jahre gedauert. Das müssen wir mit den Managern der Automobilindustrie besprechen. Natürlich muss während des Übergangs bereits massiv in den Elektromotor investiert werden.

Wenn Sie einen Zeitpunkt ausschließen, kann das in möglichen Koalitionsverhandlungen mit den Grünen zu einem echten Prüfstein werden. Die Grünen plädieren für 2030.

Erstens habe ich ja kein Datum genannt. Zweitens: Sie haben Recht. Das würde zu massiven Auseinandersetzungen bei Koalitionsverhandlungen führen. Nämlich zwischen Herrn Kretschmann und Herrn Hofreiter. Das hat man ja auf dem Grünen-Parteitag gesehen.

Aber wie wollen Sie den Ausstieg aus der fossilen Energie sicherstellen? Brauchen wir nicht ein konkretes Ausstiegsdatum?

Es gibt ja Daten: Wir sind an das Pariser Klimaabkommen gebunden. Ich bin aber nicht derjenige, der hingehet und ein Ausstiegsdatum nennt. Noch einmal: An der deutschen Automobilindustrie hängen unmittelbar 800.000 Arbeitsplätze. Was wir brauchen ist ein nationaler Kraftakt. Die Reduktion von Schadstoffausstoß ist dringend erforderlich, aber das funktioniert nicht per Ordre de Mufti, wie der Herr Hofreiter das möchte.

Wäre es nicht der richtige Weg, von vornherein Energie einzusparen? Das ist natürlich kein Wahlkampfeschlager.

Wir haben den Prozess ja mit der Energiewende eingeleitet. Wir hatten in der EU das 20-20-20-Ziel, die Treibhausgasemissionen ausgehend von 1990 bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren, zugleich den Anteil erneuerbarer Energien auf 20 Prozent und die Energieeffizienz um 20 Prozent zu steigern. Das haben wir erreicht. Die Bundesrepublik will aus der Kohle- und Nuklearenergie aussteigen und dabei ein Industriestaat bleiben. Das ist ein anspruchsvolles Projekt, ein Land von mehr als 82 Millionen Einwohnern umzusteuern. Da lässt sich nach meiner Überzeugung von der Politik kein Datum definieren.

Auf der anderen Seite will der schwedische Autobauer Volvo sich ab 2019 vom Verbrennungsmotor verabschieden.



„Die Agenda ist kein Streitthema mehr“. Scholz im FORUM-Gespräch.

Das ist aber natürlich ein Unterschied, ob Volvo das sagt oder Volkswagen, Daimler oder BMW. Sie müssen sich die Dimensionen der deutschen Automobilindustrie anschauen. Man muss in der Politik realistisch sein. Wenn wir den Verbrennungsmotor von einem Tag auf den anderen einstellen, stellen wir die Autoindustrie ein. Nein, seien wir realistisch. Wir müssen aus den Verbrennungsmotoren raus, dazu haben wir uns verpflichtet. Aber das geht nicht abrupt. Wir müssen umsteuern, in die neue Technik investieren. Übrigens auch in die digitale Infrastruktur. Auch da ist ein riesiger Investitionsbedarf – ein Grund, warum wir eine Mindesthöhe staatlicher Investitionen fordern.

Die steht neben anderen Punkten in Ihrem Deutschlandplan. Was wir da

aber vermisst haben, sind Ausführungen zu bezahlbarem Wohnraum in Ballungsräumen. Haben Sie das vergessen?

Nein, wir haben ja ein Wahlprogramm mit umfassenden Aussagen zum sozialen Wohnungsbau verabschiedet. Ab 2019 soll der soziale Wohnungsbau allein Angelegenheit der Länder sein. Wir haben in der Vergangenheit erleben müssen, wie der Bund Geld für den sozialen Wohnungsbau an die Länder gegeben hat, und es wurde keine einzige Wohnung gebaut. Das geht nicht.

Da sind Sie d'accord mit Bundesbauministerin Barbara Hendricks.

Ja. Wir sagen ganz klar: Wenn wir die Verfassung dafür ändern müssen, dass

Bund muss in sozialen Wohnungsbau einsteigen

der Bund wieder in den sozialen Wohnungsbau einsteigt, dann machen wir das. Da gibt es großen Investitionsbedarf.

In welchem Verhältnis steht eigentlich der Deutschlandplan zum Wahlprogramm der SPD?

Das Wahlprogramm beschäftigt sich mit allen Bereichen der Politik. Der Deutschlandplan spitzt die Fragen zu, in denen aus meiner Sicht der größte Handlungsbedarf besteht. Das sind die Felder Gerechtigkeit, Zukunft und Europa. Wenn der Staat sich im Sinne der Generationengerechtigkeit verpflichtet, der nachfolgenden Generation keine Schulden zu hinterlassen, muss er sich auf der anderen Seite aber auch verpflichten, der folgenden Generation kein marodes Land zu hinterlassen.

Apropos Wahlprogramm: Es ist viel von der demobilisierenden Wahlkampfstrategie der Kanzlerin die Rede. Sie haben in dem Zusammenhang von einem „Anschlag auf die Demokratie“ gesprochen. Bedauern Sie das?

Warum soll ich das bedauern? Wenn ein Parteihauptquartier eine Strategie fährt, die Menschen von der Wahl abzuhalten, weil sie weiß, dass das zu Lasten der gegnerischen Partei geht, dann ist das gefährlich. Und bei der CDU kann man nicht mal zwischen dem Hauptquartier der Partei und dem Bundeskanzleramt unterscheiden. Der Chef des Bundeskanzleramts ist der Leiter des Wahlkampfes. Ich weiß auch, dass weitere Mitarbeiterinnen von Frau Merkel im Kanzleramt eine Nebentätigkeitsgenehmigung für das CDU-Hauptquartier haben – da wird aus dem Kanzleramt die Parteizentrale.

Zurück zu Ihrer Partei: Bleibt die Agenda 2010 das Tabu-Thema der SPD?

Die Agenda war nie ein Tabu. Ich habe in Bielefeld das ALG Q [Arbeitslosengeld für Qualifizierung, Anmerkung der Redaktion] als Fortentwicklung der Hartz-Gesetzgebung eingeführt. Aber die Agenda-Debatte war eine Diskussion der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts. Damals hatte Deutschland fünf Millionen Arbeitslose. Wir haben heute die höchste Beschäftigungsquote. Heute geht es darum, wie wir lebenslange Qualifizierung garantieren können.

Wir haben heute einen Mangel an Facharbeitern. Die Agenda ist kein Streitthema mehr.

Ihr Hamburger Genosse Johannes Kahrs ist da anderer Meinung...

Ich will nicht über die Vergangenheit, sondern über die Zukunft sprechen. Dass wir in den sozialen Arbeitsmarkt einsteigen müssen, das ist unbestritten. Dass wir mehr für Langzeitarbeitslose tun müssen, das ist klar. Wir werden Weiterentwicklungen und Verbesserungen prüfen, ebenso die Frage, was ist heute von den damaligen Beschlüssen nicht mehr praktikabel?

Klassische Erwerbsbiographien werden ja ohnehin immer seltener. Wie stellen Sie sich dieser Herausforderung?

Indem wir auf Qualifizierung setzen! Lebensbegleitendes Lernen wird immer wichtiger. Viele reden ja über das bedingungslose Grundeinkommen. Ich halte das aber für den falschen Ansatz. Das bedingungslose Grundeinkommen würde nicht dazu führen, dass die Menschen ein selbstbestimmtes Leben aus ihrer Arbeit finanzieren könnten. Deshalb wollen wir ein Chancenkonto für jeden Arbeitnehmer, mit dem sich entweder eine Weiterbildung oder aber eine auskömmliche Selbständigkeit finanzieren lässt.

.....
Berufsschule als Zukunftsschmiede

Dennoch werden die Industriearbeitsplätze nicht mehr...

Die Industrie ist und bleibt das Herz der deutschen Wirtschaft. Aber auch im Handwerk entstehen viele neue Arbeitsplätze. Daher ist die Berufsschule für mich ja so eine wichtige Zukunftsschmiede. Lebenslanges Lernen ist auch hier das Schlüsselwort. Klassische Erwerbsbiographien wird es auch künftig noch geben, aber wir werden darauf achten müssen, dass neue Arbeit entsteht. Sehen Sie sich mal unter Start-ups um und was dort aus Ideen an neuer Arbeit entsteht!

Muss man da nicht die ganze Handwerksordnung umstürzen, wenn ein Geselle an der Berufsschule weiter lernen soll?

Ich habe mit Handwerkskammern gesprochen. Die sehen da gar kein Problem.

Wenn Bildung der Schlüssel ist, warum gibt es dann überhaupt unter Akademikern nennenswerte Arbeitslosigkeit? Es ist ja zum Teil vom akademischen Prekariat die Rede.

Das kommt unter Umständen auf die einzelnen Berufsbilder und die Studiengänge an, deren Potenziale am Arbeitsmarkt möglicherweise nicht abgerufen werden. Aber beispielsweise haben wir eine große Nachfrage nach Lehrern, insbesondere auch Grundschullehrern. Uns fehlen Stellen in der Schulsozialarbeit, die wir dringend ausweiten wollen. Das sind Bereiche, in denen künftig sicher Leute gebraucht werden.

Um all diese Ideen umsetzen zu können: Wie wollen Sie die nötige Wechselstimmung erzeugen? An der hapert es augenscheinlich noch.

Nach aktuellen Umfragen wählen 65 Prozent der Bundesbürger Frau Merkel nicht. 60 Prozent der Menschen sagen, das Rennen ist offen. 35 Prozent wissen noch nicht, wie sie wählen werden. Im Moment haben wir noch gar keine Wahlkampfstimmung. Als ich nominiert wurde, wurde aus meiner Sicht deutlich, wie groß das Bedürfnis nach einer Alternative ist. Der Regierungswechsel ist schon möglich. Deutschland ist ein starkes Land. Aber Deutschland kann mehr.

Dazu müssten Sie aber erst selber Kanzler werden. Wo wollen Sie die jetzige Bundeskanzlerin stellen?

Frau Merkel versucht, sich nicht stellen zu lassen. Ich bin aber weder Peer Steinbrück noch Frank-Walter Steinmeier. Ich bin nicht in die Regierung Merkel eingetreten, weil ich diese Regierung ablösen will.

Wir sind programmatisch gut aufgestellt. Angela Merkels Botschaft lautet: „Ihr habt mich.“ Das reicht den überzeugten Stammwählern. Eine Regierung, die 20 bis 30 Milliarden zusätzlich in die Ausrüstung stecken will, aber kein Geld für kaputte Schuldächer hat? Da erwarte ich mehr.

Es gibt eine Zahl in den Umfragen, da führe ich vor Frau Merkel: Wer ist näher an den Problemen der Menschen im Land? Diese Zahl wird die Bundestagswahl entscheiden. ●